



## **Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**

### **70. Sitzung (öffentlich)**

10. Juni 2009

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 17:15 Uhr

Vorsitz: Marie-Luise Fasse (CDU)

Protokoll: Rainer Klemann, Dr. Hildegard Müller

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

#### **Vor Eintritt in die Tagesordnung**

- Neuer TOP 2: Mitbehandlung des als Aktuelle Viertelstunde beantragten Themas "Bayer erwägt erstmals Rückzug von der CO-Pipeline" unter dem bereits vorgesehenen Tagesordnungspunkt "Bayer-CO-Pipeline – Sachstand und Konsequenzen aus dem Beschluss des Verwaltungsgerichts Düsseldorf vom 26. Mai 2009" 5
- Erweiterung der Tagesordnung um TOP 1 b) "RWE-Biomasse-Heizkraftwerk vor dem Aus?"; bisheriger TOP 1 wird TOP 1 a) 5

**1 a) Öl-Wechsel jetzt: NRW braucht Biomassestrategie**

6

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 14/7952

Und:

**Chancen der Energiegewinnung aus Biomasse nutzen –  
Biomassepotenzial für NRW ermitteln**

Antrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 14/8549

**Hinzuziehung von Sachverständigen**

Die in der folgenden Tabelle aufgeführten Sachverständigen geben zunächst ihre Statements ab und beantworten danach Fragen. – Die Seitenzahlen kennzeichnen den jeweils ersten Redebeitrag.

Institution	Sprecher/in	Seite
Zentrum für nachwachsende Rohstoffe NRW	Dr. Karsten Block	6
Institut für Abfall, Abwasser, Site- und Facility Management e. V. (INFA-ISFM e. V.) Aninstitut der Fachhochschule Münster	Dr. Gabriele Becker	8
Deutsches BiomasseForschungsZentrum gGmbH	Dr. Daniela Thrän	9
Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Erneuerbare Energien NRW	Henning Mümmler	10

**1 b) RWE-Biomasse-Heizkraftwerk vor dem Aus?**

28

Die Landesregierung berichtet mit Vorlage 14/2652.

**2 Bayer-CO-Pipeline – Sachstand und Konsequenzen aus dem Beschluss des Verwaltungsgerichts Düsseldorf vom 26. Mai 2009** 29

Und:

**Bayer erwägt erstmals Rückzug von der CO-Pipeline**

Der Bericht der Landesregierung wird mit Vorlage 14/2650 erstattet.

StS Dr. Alexander Schink (MUNLV) macht ergänzende Ausführungen zum Bericht.

**3 Gesetz zur Abschaffung der Jagdsteuer** 53

Gesetzentwurf  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 14/8884

Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Der CDU/FDP-Gesetzentwurf Drucksache 14/8884 wird mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen angenommen.

**4 Entwurf des Abfallwirtschaftsplans NRW, Teilplan Siedlungsabfälle** 59

Vorlage 14/2608

Mit Vorlage 14/2653 erstattet die Landesregierung Bericht.

**5 Verbreitungswege der Schweinepest eindämmen** 64

Die Landesregierung berichtet mit Vorlage 14/2651.

**6 Käfighennenhaltung in NRW**

66

Vorlage 14/2633

Es werden Nachfragen zu den Berichten der Landesregierung – Vorlagen 14/2503, 14/2633 und 14/2644 – gestellt.

\* \* \*

### 3 Gesetz zur Abschaffung der Jagdsteuer

Gesetzentwurf  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 14/8884

Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

**Vorsitzende Marie-Luise Fasse** teilt mit, dieser Gesetzentwurf sei vom Plenum am 1. April 2009 an den Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz – federführend –, den Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform sowie den Haushalts- und Finanzausschuss zur Mitberatung überwiesen worden.

Der Haushalts- und Finanzausschuss habe den Gesetzentwurf in seiner Sitzung am 27. Mai 2009 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen von SPD und Grünen angenommen.

Der Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform berate den Gesetzentwurf zurzeit.

Sachverständige seien am 20. Mai 2009 im Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz hinzugezogen worden. Das Protokoll liege vor (siehe APr 14/893).

**Jürgen Unruhe (SPD)** unterstützt namens seiner Fraktion die Kritik der kommunalen Spitzenverbände. Man halte das Gesetz in der jetzigen Form für überflüssig und die Abschaffung der Jagdsteuer für falsch. Denn heute bestehe für die Kreise schon die Möglichkeit, die Steuer auszusetzen. Die Kommunen sollten entscheiden können, wie das gehandhabt werde. Die Gegenfinanzierung sei auch ein Problem.

**Johannes Remmel (GRÜNE)** bemängelt, dass bis heute nicht geklärt sei, wie der kommunale Ersatz hergestellt werden solle. Der Ausfall werde für einige Kreise im Land erheblich sein. Das sei durch die Kritik des Landkreistags deutlich geworden.

Insofern richte sich das Gesetzgebungsverfahren gegen die Kommunen im Lande und gegen die formulierten Interessen der Umweltverbände, der Umwelt und der Natur. Es werde nur eine bestimmte Klientel bedient; das sei Klientelpolitik reinsten Stils.

Deshalb lehnten die Grünen das Gesetz ab. Bedauerlich sei, dass das Gesetz keine entsprechende öffentliche Relevanz gefunden habe. Das liege möglicherweise daran, dass es nur einige Kreise betreffe.

**Rainer Deppe (CDU)** macht darauf aufmerksam, dass der Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform diesem Gesetz heute Morgen mit Mehrheit

zugestimmt habe. Der Vorsitzende Edgar Moron habe ihn gebeten, das hier im Ausschuss bekannt zu geben.

Die Hinzuziehung von Sachverständigen im Umweltausschuss habe ergeben, dass es keine innere Begründung für die Erhebung der Jagdsteuer mehr gebe. Von den Sachverständigen sei eindeutig herausgearbeitet worden, dass die Jagdsteuer ihre Berechtigung gehabt habe, als mit der Jagd noch Einnahmen hätten erzielt werden können. Es sei von niemandem bestritten worden, dass heute keine Einnahmen mehr erzielt würden, sondern die Jäger im Gegenteil relativ hohe Aufwendungen zu tragen hätten. Von daher sei es gerechtfertigt, diese Steuer, die sich überholt habe, abzuschaffen und nicht mehr zu erheben.

Der Landkreistag habe eindeutig dargestellt, dass die Jagdsteuer für 44 Kreise und kreisfreie Städte keine nennenswerte Rolle spiele. Die CDU sei dafür, das Gesetz in der von den Koalitionsfraktionen eingebrachten Form zu verabschieden, um in Nordrhein-Westfalen für ein Stück mehr Steuergerechtigkeit zu sorgen.

(Och-Rufe von der SPD – Johannes Remmel [GRÜNE]: Spielwiesen sind das!)

**Holger Ellerbrock (FDP)** geht auf den Zuruf von Johannes Remmel ein. Zu dem Begriff Spielwiesen aus dem Mund eines Grünen, falle ihm aus zwei Legislaturperioden einiges – etwa die Stiftung – ein, was das Land 50 Milliarden € gekostet habe.

Man müsse zur Kenntnis nehmen, dass es ungefähr in der Hälfte der Bundesländer keine Jagdsteuer mehr gebe. Man habe die kommunale Hoheit. Aber auch aus den Kommunen sei der FDP signalisiert worden, dass die Jagdsteuer nicht unbedingt einzusehen sei; sie bringe jedoch Geld: Mitnahmeeffekt. Den Kommunen sei ebenfalls klar, welche Leistungen die Jägerschaft monetarisiert erbringen würden. Er – Ellerbrock – sei froh, dass die Leistungen die Jägerschaft in der Anhörung deutlich geworden seien. Deshalb gehe der Vorwurf von Johannes Remmel, man betreibe Klientelpolitik, ins Leere.

Bei der Anhörung habe ihn, Ellerbrock, betroffen gemacht, mit welcher Überheblichkeit – auch von den Verbänden – die Leistungen der Jägerschaft für den Naturschutz gering geachtet worden seien. Es gebe in Nordrhein-Westfalen bestimmte Verbände, die bestimmten, was Naturschutz sei und wer Naturschutzmaßnahmen durchzuführen habe. Wenn jemand anders die Leistung erbringe, sei das sui generis minderwertig.

Wie die Kommunen begrüße er, dass diese durch die angestrebten Vereinbarungen zwischen Kreisjägerschaften und Straßenbulasträgern eine Kalkulationssicherheit hätten, die von der Jägerschaft auch finanziell hinterlegt sei. Für den Fall, dass das Kreisordnungsamt zur Fallwildbeseitigung herauskommen müsse, seien Gelder bereitgestellt. Er könne die Jägerschaft nur auffordern, möglichst schnell, verbindlich, offensiv und mit möglichst guter Öffentlichkeitsbeteiligung, diese Chancen zu ergreifen und die Verträge ohne Wenn und Aber zügig abzuschließen. Er wäre dankbar, wenn die Landesregierung darstellte, ob es Gespräche, Hinweise aus dem Bereich

des Landesjagdverbands gebe, wann mit dem Abschluss der einzelnen Verträge zu rechnen sei und welche Kreisjägerschaften nach vorne gingen, um das schnell zu regeln. Denn diese Kalkulationssicherheit für die Kommunen halte er gerade im Zuge des Gesetzgebungsverfahrens für ausgesprochen wichtig.

**Annette Watermann-Krass (SPD)** bezieht sich auf die Äußerungen von Rainer Deppe. Die Position der SPD sei ja schon dargelegt worden. Die SPD habe die Anhörung anders wahrgenommen als Rainer Deppe. Das sei auch in den Zuschriften nachzulesen. Der größte betroffene Kreis sei Olpe. Der Landkreistag gehe sogar so weit, man müsse rechtlich prüfen, ob die Abschaffung der Jagdsteuer überhaupt möglich sei.

Die Abgeordnete erinnert an den letzten CDU-Landtagswahlkampf mit ganzseitiger Anzeige in den Fachblättern, die Jagdsteuer werde abgeschafft. Nun komme der nächste Wahltermin immer näher, und die CDU stehe im Wort. Die Zeche müssten jedoch andere zahlen. Bei ihr im Kreis Warendorf fielen 480.000 € aus der Jagdsteuer weg.

(Rainer Deppe [CDU]:Wie hoch ist der Haushalt Ihres Kreises?)

Die CDU-Kreistagsfraktion Warendorf habe sich vehement dagegen ausgesprochen, die Jagdsteuer in der geplanten Form ohne Gegenfinanzierung abzuschaffen.

**Reinhold Sendker (CDU)** führt aus, im Fachgespräch hätten Vertreter der Umweltverbände die Behauptung in den Raum gestellt, die Jäger würden keine echten Umweltleistungen im Sinne von Umwelt- und Naturschutzarbeit erbringen, und von Klientelpolitik für die Jäger gesprochen. Diesen Begriff, den Johannes Remmel gerade ebenfalls gebraucht habe, weise er – Sendker – zurück.

Zur Gegenrechnung für den Kreis Warendorf: Er sei jedes Jahr Gast der Kreisjägerschaft und schätze ihre Leistungen. Für dieses Jahr habe ihm die Kreisjägerschaft Warendorf über ihre Arbeit Folgendes mitgeteilt:

Begrünung von Stilllegungsflächen für die gesamte Tierwelt durch Jagdausübungsberechtigte mit jährlich 3.000 bis 6.000 kg Saatgut von 21 Pflanzen und Gräsern, Flächenbegrünung von 300 bis 700 ha im Kreis Warendorf. 300 Einzelmaßnahmen in 250 Revieren kosteten jährlich 50.000 € und würden vom Verband finanziert. Für das Projekt „Naturschutzflächen in Jägerhand“ habe die Kreisjägerschaft eine hohe Auszeichnung des Landes erhalten: ca. 180 Maßnahmen, 120 Maßnahmen zur Anlage von Feldgehölzen, Anlage von Feuchtbiotopen. – Das sei klassische Umweltarbeit.

Des Weiteren: Anlage von Streuobstwiesen – darüber habe man in dieser Runde in den letzten zehn Jahren oft gesprochen – mit 20 Maßnahmen im Kreis Warendorf, Anlage und Pflege von Wallhecken, Pflege von gepachteten Wildäckern mit 500 Maßnahmen. Der „Lernort Natur“-Anhänger sei jährlich 100-mal in Kindertagesstätten, Schulen und öffentlichen Veranstaltungen eingesetzt worden.

Die Arbeit, die dort geleistet werde, sei klasse, und das sei im gesamten Land so. Die belastbare Gegenrechnung der Jägerschaft laute: 14 Millionen €. Man sollte für diese hervorragende Arbeit im Namen von Natur, Umweltschutz, Biotoparbeit und Schulung dankbar sein.

(Jürgen Unruhe [SPD]: Dagegen sagt keiner etwas!)

Auf der anderen Seite erhielten andere Umweltverbände Millionenbeträge. Hier werde gar nichts gezahlt. Insofern sei es überfällig, Gerechtigkeit herzustellen.

**André Stinka (SPD)** hält die Zahlen für imponierend. Er kenne allerdings im Bereich des Ehrenamts viele andere Verbände, die auch viel leisteten, zum Beispiel der Fischerei und des Sports. Die CDU werfe Nebelkerzen. Wenn man anfangs, darüber nachzudenken, wer Entlastung erfahren könne, bleibe die CDU die Antwort auf die Frage, wo das Geld herkommen solle, schuldig. Der Landrat des Kreises Steinfurt gehöre nicht der SPD-Fraktion an und habe sich dazu ganz deutlich in der Presse geäußert. Die CDU gebe das Geld, das für Soziales und Ehrenamt gebraucht werden, den Jägern. Dass die Arbeit der Jägerschaft hoch zu achten sei, habe keiner in Frage gestellt. Aber wer Versprechungen mache, müsse auch sagen, wer die Rechnung bezahle.

**Hubert Schulte (CDU)** meint, dieses Gesetz sei vor der Wahl angekündigt worden; das sei richtig. Dass es der SPD nicht passe, wenn die CDU ihre Wahlversprechungen einhalte, könne er nachvollziehen.

Vor zwei Jahren sei er bei einem Jägertag gewesen. Der Vorsitzende habe ihm glaubhaft versichert, seit 17 Jahren auf die Abschaffung der Jagdsteuer zu warten. Das sei den Jägern von der Regierung über diesen langen Zeitraum versprochen worden. Damals sei die CDU gerade zwei Jahre in der Regierungsverantwortung gewesen. Die CDU halte ihre Versprechen und lasse sich nicht vorwerfen, nach der Wahl etwas anderes zu sagen und damit Überraschungsmomente zu erzeugen.

(André Stinka [SPD]: Die Überraschung kommt!)

**Reinhold Sendker (CDU)** empfiehlt André Stinka, Fakten zur Kenntnis zu nehmen und zu würdigen. Die Jägerschaft sei keine Konkurrenz zu den Umweltverbänden, sondern als guter Kooperationspartner zu betrachten.

Die Fallwildentsorgung übernehme die Jägerschaft in Nordrhein-Westfalen über Jahrzehnte ohne je einen Cent dafür zu erhalten. Das habe er von Kindesbeinen an verfolgt. Wenn sich die Jägerschaft heute entschließen würde, das nicht mehr zu tun, hätten die Kreise keine fiktiven, sondern tatsächliche Kosten. Wenn man das gegenrechne, sei man schnell bei 3 bis 4 Millionen €. Das sei eine Hausnummer, über die man dann auch irgendwann reden müsse. Dieser Diskussion wolle man mit einer gerechten Entscheidung Rechnung tragen.

**Sylvia Löhrmann (GRÜNE)** stellt voran, sie gehöre diesem Ausschuss nicht regelmäßig an, sondern nur ab und zu in Vertretung. Sie erlebe nun eine ideologische Aufladung der Debatte, wie sie sie sonst nur von den Kolleginnen der CDU und der FDP im Schulausschuss erlebe. Die Art, wie das gerechtfertigt werde – Gerechtigkeit –, mache neugierig, was dahinterstecke. Sie gehe davon aus, dass die CDU wisse, dass dieses Gesetz nicht mehr in die Zeit passe. Die Grünen blieben bei ihrer Ablehnung und hätten die Abschaffung der Jagdsteuer – wann auch immer – nicht versprochen. Deswegen würden auch die Grünen keine Versprechungen brechen.

**Rainer Deppe (CDU)** hält es für einfach zu sagen, man sei nicht oft hier und wisse auch nicht genau, um was es gehe, aber die anderen hätten alle unrecht.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das habe ich nicht gesagt! Ich habe nur festgestellt, wie Sie sich aufführen!)

Reinhold Sendker habe anhand des Kreises Warendorf dargestellt, welche beispielhafte Leistung die Jägerschaft erbringe. Das werde hier so abgetan, nach dem Motto: Man könne ihnen trotzdem die Steuer abnehmen.

(Jürgen Unruhe [SPD]: Das hat keiner gesagt!)

In der Anhörung habe der Vertreter eines Naturschutzverbands noch Steuersparmodelle offenbart und gesagt, es gebe Mittel und Wege, um die Steuer herumzukommen. Diese Leute würden offenbar von der Opposition hochgehalten. In der Anhörung habe sich gezeigt, was hinter der Ablehnung stecke und warum die Jägerschaft seit Jahren bekämpft werde.

(Zuruf von der SPD: Ohne Waffe!)

Man lasse es sich nicht vorschreiben, wer nachmittags in der offenen Ganztagschule Naturkundeunterricht abhalte, um die Kinder an die Natur heranzuführen. Das sei eine Verpflichtung, die die Kreisjägerschaft eingegangen sei. Es sei für die Opposition unwichtig und nicht gewollt, dass Leute, die eine staatliche Prüfung abgelegt hätten und genau über die Vorgänge in der Natur Bescheid wüssten, ihr Wissen weitergäben. Während die Jägerschaft noch eine Steuer bezahlen solle,

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das hat mit der Jagdsteuer überhaupt nichts zu tun!)

würden die, die der Opposition ideologisch in den Kram passten, mit öffentlichen Mitteln gefördert. Das sei die Trennungslinie zur Opposition. Vielleicht sei es gut, dass sie in dieser Debatte noch einmal deutlich werde.

Man schätze die Arbeit der Jäger, die unverzichtbar sei und die man brauche, um das Gleichgewicht in der Natur zu erhalten. In der Anhörung sei herausgekommen, dass die öffentliche Hand überhaupt nicht in der Lage wäre, diese Aufgaben zu erfüllen. Es sei das Thema Nachsuche angesprochen worden. Der Vertreter der Kommunen habe eindeutig erklärt, dafür kein Personal zu haben. Das machten die Jäger, und das halte die CDU auch für richtig. Man glaube jedoch nicht, dass es in Ordnung sei, diese Leute dann auch noch mit einer Steuer zu belasten, die keine einzige an-

dere Gruppe zu tragen habe, die sich für die Allgemeinheit einsetze – im Gegenteil, die Arbeit anderer werde gefördert.

Von daher sei es richtig, die Jagdsteuer jetzt abzuschaffen. Man sei froh, in diesem Jahr ein weiteres Wahlversprechen – viele habe man schon umgesetzt – zu realisieren.

**Wolfram Kuschke (SPD)** äußert, er sei gespannt, was die Abschaffung der Jagdsteuer für ein bürokratisches Monster mit sich bringe. Man habe fast Mitleid bei der Vorstellung, wie die Herren Borchert, von Heereman und wie sie alle hießen, der Landesregierung im Nacken säßen.

(StS Dr. Alexander Schink: Das lässt sich aushalten!)

Wenn die Landesregierung zukünftig als Kriterium für Steuersenkungen einführen wolle, ob ehrenamtliche Beiträge bei gleichzeitiger Ausübung eines Hobbys geleistet würden – Argumente, die er gerade gehört habe –, dann sehe man den Folgegesetzen mit Freude und Gelassenheit entgegen.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Wir sehen dem mit Sorge entgegen!)

Die hobbymäßige Ausübung eines Ehrenamts – so **StS Dr. Alexander Schink** –, werde zu der Frage, ob eine Steuerbelastung gerechtfertigt sei, nicht herangezogen werden. Wolfram Kuschke könne also beruhigt sein. Aber es sei darauf hingewiesen worden, dass es um etwas anderes gehe: die Kompensation für die Kommunen. In dem Zusammenhang sei die Frage zu stellen, welche Leistungen die Jägerschaft erbringe und welche Aufwendungen die Kommunen dadurch sparten. Für Naturschutzaufgaben und für die Beseitigung des Fallwilds wären die Kreise zuständig. Es sei wohl auch legitim, der Jägerschaft die Tätigkeit in der offenen Ganztagschule zuzurechnen. Man könne also sehr wohl die Frage stellen, welche Aufwendungen durch die Jägerschaft eingespart würden. Das habe man getan.

Der CDU/FDP-Gesetzentwurf Drucksache 14/8884 wird mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen angenommen.